

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1580
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 162.

Donnerstag, 15. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Uchttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Belegungsverminderung?

Wie lange gehen eigentlich schon die Meldungen durch die Presse, die von einer energischen Aufklärung der Belegungsverminderung durch die deutsche Regierung wissen wollen? Seit Vocarno verging kaum ein Tag, an dem nicht angekündigt wurde, daß entscheidende Schritte der deutschen Regierung bevorstünden. Die deutsche Regierung und entscheidende Schritte? Das reicht sich schlecht zusammen. Die Dementis des Auswärtigen Amtes, das im Dementieren befaßlich einige Meldung hat, bleiben auch nicht aus: entscheidende Schritte in der Belegungsverminderung seien nicht beabsichtigt, man stehe dauernd in Verbindung mit den Belegungsverminderern und man warte einen günstigen psychologischen Moment ab, um die Interessen Deutschlands energisch vertreten zu können. Nachdem der Vocarnovertrag sowohl vom deutschen wie auch vom französischen Parlament genehmigt worden war, sollte dieser berühmte psychologische Moment eigentlich schon längst gekommen sein. Die Auswirkungen des Vocarnovertrages waren da das einzige Positive, das aus dem Vocarnopakt für Deutschland überhaupt herauskommen konnte. Aber Frankreich ist uns bisher nur in der Luftschiffahrtfrage etwas entgegengekommen, was ihm sicherlich nicht sehr leicht geworden ist. Was die Belegungsverminderung des Rheinlandes angeht, so hat sich Frankreich bisher taub gestellt. Die Belegungsverminderung in den noch nicht geräumten Gebieten ist seit Vocarno sogar gestiegen, da man die Truppen aus der Röhner Zone nicht nach Frankreich zurückgezogen hat, sondern sie in den übrigen besetzten Gebieten untergebracht hat, wo die Möglichkeiten der Kasernierung und Verpflegung leichter sind als in Frankreich selbst. Frankreich scheint also nach wie vor das deutsche Rheinland als Raubzone für einen großen Teil seiner Truppen betrachten zu wollen.

Neuerdings wird wieder berichtet, daß die Unterhandlungen zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Botschafter in Paris allmählich doch zu wirklichen Resultaten geführt hätten: in nächster Zeit sollen Verhandlungen unter der Belegungsverminderung stattfinden, die sich nicht nur um das Problem der Verminderung der Belegungsverminderung, sondern sogar um die Frage einer Abföhrung der Belegungsverminderung drehen werden. Aber erst wenn die Vocarnoverträge in Kraft getreten seien, das heißt also, nachdem Deutschland in den Völkerverbund eingetreten ist, soll die Belegungsverminderung grundtätig geregelt werden.

Da bis auf weiteres der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund auf der Septembertagung durchaus noch nicht vollkommene Aussicht haben die Ankündigungen einer Belegungsverminderung zunächst nur einen recht problematischen Wert. Wir glauben gerne, daß Frankreich heute vielleicht geneigter ist, Deutschland in der Belegungsverminderung entgegen zu kommen. Nicht um Deutschlands schöner Augen willen, sondern deshalb, weil Frankreich heute den Kredit der ganzen Welt braucht, um seine zerstückelten Finanzen wieder aufzurichten. Eine Verminderung der Belegungsverminderung oder gar eine Verfüzung der Belegungsverminderung würde für Frankreich eine Geste bedeuten, die ihm das Vertrauen der übrigen Welt, das in den letzten Jahren ein wenig ins Wanken geraten ist, wieder zurückführen würde.

In diesem Zusammenhang verdienen die immer wieder auftauchenden Nachrichten von einer Beteiligung Deutschlands an der Stabilisierung des Franken Erwähnung. Obwohl diese Meldungen niemals bestätigt worden sind, scheinen sie doch ein Körnchen Wahrheit zu enthalten. Wenn aber in Frankreich, zum Beispiel im Tempel, erklärt wird, daß Deutschland eine solche Gelegenheit benutzen würde, um den Versailles Vertrag abzuweichen, so scheint hierin doch eine starke Verleumdung der tatsächlichen Verhältnisse zu liegen. Wenn Deutschland heute um eine Revision des Versailles Vertrages kämpft, so verlangt es nichts als Gerechtigkeit, die es nicht mit irgendwelchen anderen Opfern bezahlen will.

England zu den Militärkontrollkommissionen.

Daily Telegraph zu den Notizen der Militärkontrollkommission. London. (Funkpruch.) Zu der Frage der Abrüstung und der militärischen Kontrolle in Deutschland schreibt der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph u. a.: Da man in London einen neuen Streit zwischen Deutschland und den Alliierten über die Einzelheiten der militärischen Kontrolle und der Abrüstung für sehr unangenehm hält, hofft man, daß Deutschland die ihm von dem Vorsitzenden der Kontrollkommission übergebenen Notizen ohne jede Bereitwilligkeit aufnehmen werde. Bis gestern abend waren die gegen Deutschland erhobenen Beschuldigungen hier nur andeutungsweise bekannt. Eine so heikale Frage wie die, welche schließlich auf eine Fortsetzung der Vereinfachung des Generals von Seect hinauskommt, ist sogar, wenn ich recht unterrichtet bin, angegriffen worden, ohne daß die britische Regierung Gelegenheit hatte, die Angelegenheit nach allen Richtungen hin zu prüfen. Es wäre unbedingt notwendig gewesen, daß die Kontrollkommission nur im Einverständnis mit den alliierten Regierungen gehandelt hätte. In London ist man der Meinung, daß die Behandlung dieser Frage überhaupt besser so lange verschoben worden wäre, bis Deutschland Mitglied des Völkerverbundes geworden sei. Jetzt besteht allerdings die Möglichkeit, daß die deutsche Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung an einer zweckmäßigen Behandlung der Frage behindert wird.

Eine Erklärung des Generals Malch.

Paris. (Funkpruch.) Die Gavas aus Berlin berichtet, hat beim gestrigen Empfang in der französischen Botschaft anlässlich des Nationalfestes der Vorsitzende der internationalen

ten Militärkontrollkommission, General Malch darauf hingewiesen, daß seine Kommission in Kürze nach Frankreich zurückkehren werde.

Arbeit für 500 000 Erwerbslose!

Die Durchführung des Notstandsprogramms.

(Berlin. Die veranlaßt, hat gestern eine Ministerialkommission der Reichsregierung und der zuständige Ausschuss des Reichswirtschaftsrates entscheidende Beschlüsse über die praktische Durchführung des Notstandsprogramms für die Steigerung der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefaßt.

Unter Voraussetzung der seit längerer Zeit Erwerbslosen soll erreicht werden, daß die Gesamtheit der Arbeitslosen innerhalb eines Jahres wenigstens abwechselnd ein Vierteljahr und länger lohnende Beschäftigung finden kann. Die produktiven Notstandsarbeiten sind in einem Umfang geplant, der es ermöglichen würde, laufend mindestens 500 000 Arbeitslose mit produktiven Arbeiten zu beschäftigen.

An der entscheidenden Beratung waren das Arbeitsministerium, das Wirtschafts- und das Innenministerium beteiligt. Außerdem waren auch Reichsbahn und Reichspost vertreten. Die Reichsbahnverwaltung konnte mitteilen, daß sie dabei in Aufträge der verschiedensten Art im Umfang von 150 Millionen RM. sofort herauszugeben, und daß ein Teil dieser Aufträge schon zur Rekrutierung von Arbeitskräften geführt haben müsse. Die Reichspost hat ein Lieferungsprogramm im Gesamtwert von fast 315 Millionen RM. aufgestellt; davon entfallen u. a. auf Bauten und Wohnungsbeschaffung 67 Millionen, auf Apparate und technische Einrichtungen für den Telegraphen- und Fernsprechbetrieb über 66 Millionen, für Kabel und Baustoffe, für Rohstoffe und Fernsprechleitungen 13 Millionen. Auf Kraftfahrzeuge und für Wasserbauten haben die Länderregierungen bisher 120 Millionen bereitgestellt.

Die Reichsregierung ist durch den Reichstag ermächtigt, für Durchführung der Wasserbauten noch weitere Mittel zum Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge stützig zu machen. Bei den Wasserbauten ist besonders an Stauanlagen und ähnliches gedacht, zur Vorbereitung der sich immer mehr erziehenden Hochwasserfluten. Umfangreiche Mittel sollen eingesetzt werden für die Schiffarmachung von Flüssen und weitere

Ausgestaltung des Romaneches.

Die Ministerialkommission rechnete bei ihrer gestrigen Tagung ferner damit, daß der Wohnungsbaun wegen der erleichterten Kreditbedingungen infolge einiger Reichstagsbeschlüsse kurz vor der Sommerpause nunmehr in härteren Takt kommen wird. Aus dem Auslandskredit der deutschen Wirtschaft dürften in Kürze auch weitere Beschäftigungsmöglichkeiten erwachsen. Die Finanzverwaltung der Reichsbank für diesen Zweck soll schon heute einen Auftragsbestand von 300 Millionen Mark für den russischen Markt übersteigen.

Reichskanzler Marx in Reuß.

* Reuß. Mit einflußreicher Verspötung traf gestern Reichskanzler Marx um 7 Uhr vor dem Reußischen Rathaus ein. Eine große Menschenmenge brachte dem Reichskanzler herzliche Ovationen dar. Oberbürgermeister Hüppner hielt den Reichskanzler in herzlichen Worten willkommen. Um 8 Uhr fand im Zeughaus ein zu Ehren des Reichskanzlers gegebenes Abendessen statt, woran sich um 10 Uhr ein gefälliges Beisammeln schloß. Bei dieser Gelegenheit gelobte Oberbürgermeister Hüppner, daß die Bürgerschaft des Stadt- und Landkreises auch in Zukunft sich nicht in der Liebe und Treue zum Vaterlande durch andere Städte übertreffen lassen werde.

Reichskanzler Marx führte dann u. a. aus: Die letzten Jahre, die Deutschland, besonders aber das Rheinland durchgemacht habe, seien wohl die schwersten während der letzten hundert Jahre für Reich und Volk gewesen. Kein Volk habe jemals so schwer gelitten, wie das deutsche Volk. Das Rheinland habe unter der Belegung Leiden vollbracht, die von der ganzen Welt anerkannt würden und auch von dem übrigen deutschen Volke nicht hoch genug eingeschätzt werden könnten. Demie könne niemand mehr den Mut aufbringen, der rheinischen Bevölkerung die Vaterlandsliebe abzusprechen. Reichskanzler Marx schloß seine Rede mit einem Hoch auf das deutsche Volk.

Eine Rede des Reichsinnenministers Dr. Killy.

* Berlin. Auf dem Empfangabend der Stadt Liffz äußerte sich Reichsminister des Innern Dr. Killy in seiner Antwort auf die Begrüßung des aus einer Besichtigungsreise durch Ostpreußen befindlichen Reichsrates eingehend über das Verhältnis Ostpreußens zum Reich. Der Minister sagte u. a.: In dem überwältigenden Bekenntnis Ostpreußens zu Deutschland bei der Abstimmung am 11. Juli 1920 liege der Beweis der unverbrüchlichen Zugehörigkeit Ostpreußens zum Reich. Weiter sagte der Minister, durch die Zerstückung der wirtschaftlichen und politischen Einheit des Ostens seien sowohl dem deutschen Reich als auch den einzelnen Gebieteilen im Osten, vor allem Ostpreußen, schwere Wunden zugefügt worden. Sie zu heilen, sei des Reiches und ganz besonders Ostpreußens Aufgabe. Es werde mit allen Mitteln danach gestrebt werden, daß der Osten das bleibt, was er in der Vergangenheit gewesen ist: deutsches Land! Der Minister schloß: Einem innerlich geschlossenen, kulturell und wirtschaftlich leistungsfähigen Deutschland in Ostpreußen gelte unsere Wünsche und Arbeit.

Graf Verchenfeld Botschafter in Wien.

(Berlin. Der Reichstagsabgeordnete Graf Hugo v. Verchenfeld-Röfering ist zum deutschen Gesandten in Wien ernannt worden.

Hugo Graf von Verchenfeld-Röfering, geb. 21. August 1871 trat nach Abschluß seiner juristischen Studien in München und Berlin 1898 in den bayerischen Verwaltungsdienst, war hier als Vorstand des Bezirksamts Verchenfeld und zuletzt als Referent im Kultusministerium tätig. Während des Feldzuges in der polnischen Verwaltung beschäftigt, wurde er nach Kriegsende in den diplomatischen Dienst des Reiches übernommen, zuletzt als Gesandter des Reiches in Darmstadt. 1921 wurde er als Nachfolger Rabrs an die Spitze der bayerischen Regierung berufen. Nach seinem Rücktritt 1922 trat Graf Verchenfeld eine längere Reise in die Vereinigten Staaten an und widmete sich dann ganz seinen Aufgaben als Reichstagsabgeordneter (Mitglied der Bayer. Volksp.)

Das deutsche Eigentum in Polen.

Vorschlag neuer Verhandlungen mit Polen über die Behandlung deutschen Eigentumsrechtes.

Berlin. (Funkpruch.) Die polnische Regierung hatte durch ein Gesetz vom 14. Juli 1920 alle nach dem Waffenstillstand geschlossenen Verträge über das durch Artikel 256 des Versailles Vertrages ihr zugesprochene deutsche Reichs- und Staatsigentum für nichtig erklärt und auch den aus älterer Zeit stammenden Nachverträgen über Staatsgrundstücke die Anerkennung verweigert. Auf Grund dieser Vorarbeiten hat sie 4086 Anstehungsgegenstände, die nach dem 11. November 1918 von der preussischen Anstehungskommission an deutsche Anstehler aufgelassen worden waren, als polnisches Staatsigentum behandelt und 219 Domänenpächter unter Beschlagnahme ihres gesamten Inventars ohne Entschädigung vertrieben. Ebenso hat sie den Verträgen, wodurch die Anstehungskommission alle ihre Rechte an Gütern im abgetretenen Gebiet (u. a. auch das Wiederkaufrecht) der Danziger Bauernbank übertragen hatte, die Anerkennung verweigert.

In einem am 26. Mai 1926 verkündeten Urteil, in dem die Beschlagnahme des Reichsbesitzes in Chorzow (Ostoberschlessen) für unzulässig erklärt wird, hat nun der hiesige internationale Gerichtshof in Haag Beschlüsse angefaßt, die nach deutscher Auffassung die Aufrechterhaltung des polnischen Standpunktes, sowohl hinsichtlich des Eigentums der Anstehler und Domänenpächter, wie hinsichtlich der Rentenrechte unzulässig macht.

In einer dieser Tage durch die deutsche Botschaft in Warschau übergebenen Note, ist der polnischen Regierung jetzt vorgeschlagen worden, über die Auswirkung des Urteils baldigst in diplomatische Verhandlungen einzutreten, sowie mit diesen Verhandlungen die Klärung der übrigen Meinungsverschiedenheiten zu verbinden, die über die Auslegung des Artikels 256 des Versailles Vertrages entstanden sind.

Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag.

Abg. Berlin. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag zustande zu bringen. Er ist gestern in Bern unterzeichnet worden und wird heute Donnerstag abend gleichzeitig in der Schweiz und in Deutschland veröffentlicht werden. Der Handelsvertrag ist ein Zeugnis für die freundschaftlichen Beziehungen, die Deutschland mit der Schweiz verbinden, und dient in diesem Sinne dem gegenseitigen Handelsverkehr. Die Schweiz kehrt in Deutschland im Außenhandel an der fünften Stelle nach den Vereinigten Staaten, England, Holland und der Tschechoslowakei, während in der Schweiz Deutschland an der ersten Stelle des Außenhandels steht. Im Jahre 1925 hat Deutschland Waren im Werte von 440 Millionen Mark nach der Schweiz ausgeführt, der schweizerische Export nach Deutschland betrug 485 Millionen Mark. Der Vertrag kann erst nach der Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften in Kraft treten. Es wird also die Zeit des Spätherbtes nach dem Zusammentritt des Reichstags herankommen und der Vertrag tritt dann einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er ist seit auf ein Jahr abgeschlossen und läuft dann mit dreimonatlicher Kündigungsfrist weiter. Die weiteren Einzelheiten des Vertrages können erst aus der amtlichen Bekanntgabe des Textes und des Protokolls ersehen werden.

Große Unwetterchäden in Italien.

(Rom. Die anhaltenden Gewitter und Unwetter haben viel Schaden angerichtet. In Latium hat der Antene vielfach Ueberflutungen verursacht. Der Wasserfall von Tivoli hat mehrere Maschinen des Elektrizitätswerkes und anderes Material, sowie Teile der Felsbahn mit sich gerissen. Bei Fiumi sind infolge der Ueberflutungen zwei Bauernhäuser eingestürzt. Mehrere Telefon- und Telegrafenleitungen sind durch die schweren Stürme, die die Wälder umgeworfen haben, unterbrochen. In der Gegend von Caserta haben Blissschläge und Ueberflutungen großen Schaden angerichtet und die Ernte größtenteils weggeschwemmt. Bei Venedig wurde heute Nacht ein großes Erdbeben verzeichnet, das aber keinen Schaden angerichtet hat.